



BA VII 392

BA VII 392







# Protokoll

der 45. Sitzung des Rates der Stadt am Mittwoch, 24.12.47, 8 Uhr.

Anwesend: Oberbürgermeister Wegener, Bürgermeister Jentsch, die Stadträte Schlüter, Kant, Gorsky, J. Schulze, Mallzahn, Dr. Jenner, Senkowski, Riesenberger, Peschka und Herr Martin.

- 1.) Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung und gibt eine Aktennotiz des Frankfurter Elektrizitätswerks bekannt, nach der ~~xxxxxx~~ von Herrn Generaldirektor Gropp bzw. Herrn Ministerialdirektor Müller verlangt, den Pinkensteig im Hansaviertel nicht mehr auszuschalten. Da der Pinkensteig mit dem Hansaviertel zusammen an einem Strang liegt, würde das bedeuten, dass das ganze Hansaviertel von der Stromsperre ausgenommen wäre. Der Rat der Stadt hält ~~xx~~ diese Angelegenheit für undiskutabel und ist der Ansicht, dass das Hansaviertel genau so behandelt werden muss wie die übrigen Stadtteile, also auch unter die Stromsperre fällt.
- 2.) Auf die Eingabe des Herrn Paul Hannemann betr. Errichtung eines Kreissammlagers bleibt es bei dem Beschluss des Rates der Stadt vom 18.12.47.
- 3.) Dem Pachtvertrag zwischen Stadtverwaltung und Anderson wird in vorliegender Form zugestimmt.
- 4.) Dem Pachtvertrag zwischen FEW. und Stadtverwaltung wird zugestimmt mit der Abänderung, dass bei § 15 noch hinzugefügt werden soll, "nur unter der Voraussetzung, dass das Werk vollständig städtischer Besitz wird."
- 5.) Der Vereinbarung zwischen Herrn Dr. Schröder und der Stadtverwaltung betr. Zurverfügungstellung seines Autos wird in der vorliegenden Form zugestimmt.
- 6.) Mit Herrn Stadtrat Schulze soll bezüglich seines Wagens eine Vereinbarung getroffen werden. Das Finanzamt soll einen entsprechenden Entwurf vorlegen.
- 7.) Antrag Abtl. Wirtschaft: Der Rat der Stadt beschliesst grundsätzlich dass nachstehende Gesellschaften zu gründen sind:
  - a) Frankfurter Betriebsgesellschaft "Wiederaufbau"
  - b) Frankfurter Kultur-Betriebe GmbH.
  - c) Frankfurter Messe GmbH.
 Die Gesellschaftsverträge sollen durch die Finanzverwaltung in Zusammenarbeit mit der Abteilung Wirtschaft und Volksbildung ausgearbeitet und dem Rat der Stadt vorgelegt werden.
- 8.) Der Rat der Stadt beschliesst, dem Stadtschulrat Kant Vollmacht zu erteilen, mit dem FDGB. zu verhandeln und einen Vertrag abzuschließen betr. Benutzung des Kinosalles in dem früheren Kruse'schen Grundstück in der Leipziger Strasse. Der Vertrag soll vor Abschluss dem Rat der Stadt vorgelegt werden.
- 9.) Der Oberbürgermeister gibt die telefonische Durchsage der Landesregierung bekannt, dass am 27.12.47 in den Betrieben nicht gearbeitet werden soll mit Ausnahme des Transportwesens und anderer lebenswichtiger Betriebe. Die Arbeitsstunden, die ausfallen, sind im Laufe der nächsten Woche nachzuholen.
- 10.) In der Gartenstreitsache Klaus ./.. Wasserwerk schliesst sich der Rat der Stadt einstimmig der Entscheidung des Gartenamtes an, wonach mit Frau Klaus abgeschlossene Pachtvertrag bis zum 30.9.48 Gültigkeit hat.
- 11.) Von der Resolution der FDJ. hat der Rat der Stadt Kenntnis genommen und ist der Ansicht, dass es bei dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung verbleibt.
- 12.) Herr Erich Müller, Rolf Meinhold und Günther Seidel, zurzeit Ingenieurschule für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik in Schleusingen, wird für die Monate Januar, Februar u. März 1948 ein Betrag







von je RM. 50.-, insgesamt RM. 450.-, als Beihilfe zum Studium zur Verfügung gestellt.

- 13.) Dem Pachtvertrag zwischen Stadtverwaltung und Alfred Böhmler wird St.V. in vorliegender Fassung zugestimmt.
- 14.) Von dem Schreiben des Herrn Mader - Gronenfelde vom 22.12.47 hat der Rat der Stadt Kenntnis genommen.
- 15.) Der Rat der Stadt hat von dem Schreiben der 9.Grundschule vom 12.12.47 Kenntnis genommen. Der Oberbürgermeister wird eine Richtungsstellung an den Elternbeirat der 9.Grundschule richten.
- 16.) Der Rat der Stadt hat von dem Bericht des Regierungsrats Gierschner von der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialwesen Kenntnis genommen, auch davon, dass Herr Stadtrat Marx vom Dezernat Wohnungsamt mit dem 1.1.48 entbunden wird und das Dezernat dem Bürgermeister Jentsch übertragen wird.
- 17.) Antrag Bürgermeister Jentsch betr. Strassenbezeichnung in den einzelnen Bezirken. Beschluss des Rates der Stadt: die Bezirksämter sollen Vorschläge machen.
- 18.) Die Vorgänge im Hause Fischerstr. 23, Eigentümer Frau Kossan, werden bekannt gegeben. Herr Bürgermeister Jentsch wird die Angelegenheit erledigen.

Der Oberbürgermeister schließt um 10,10 Uhr die Sitzung mit besten Weihnachts- und Neujahrswünschen.

Der Oberbürgermeister



Vfg.

- 1) Von den Beschlüssen zu den ~~Ann~~ Pos. 3, 4, 5, 6, 7, 13 sind Auszüge für die Abt. Kom. Wirtschaft gefertigt worden.
- 2) Z.d.A.

Frankfurt (Oder), den 3. Januar 1948.  
Finanzamt.

*Gorrell*







3  
29. Dez.1947.

Der Oberbürgermeister

Herrn  
Paul Hannemann, Spediteur

Frankfurt/Oder

Bezug: Schrb.v.22.12.47.  
Betr.: Kreissammellager.

Ihr Antrag hat dem Rat der Stadt in seiner Sitzung vom 24.12.47 vorgelegen. Der Rat der Stadt hat beschlossen, es bei der Entscheidung vom 18.12.47 zu belassen, dass also die Firma Oskar Pinnow für die Errichtung des Kreissammellagers benannt wird.

Der Oberbürgermeister



St. 121.1.147.

1/2

Der Oberbürgermeister der  
Stadt Frankfurt (Oder)  
Postfach 10 15 00  
Frankfurt (Oder)  
Telefon 12 11 11  
Telegraphisch 12 11 11  
Der Herr Oberbürgermeister der  
Stadt Frankfurt (Oder)  
Postfach 10 15 00  
Frankfurt (Oder)  
Telefon 12 11 11  
Telegraphisch 12 11 11



Paul H A N N E M A N N ,  
S p e d i t e u r ,  
Frankfurt/Oder,  
Gr. Müllroserstr. 24

Frankfurt/Oder, den 22. Dezemb. 1947

2

An die  
Stadtverwaltung Frankfurt/Oder,  
z. Hd. d. Herrn Oberbürgermeisters,  
Frankfurt/Oder,  
Logenstr.

Betr.: Errichtung eines Kreissammellagers in Ffo..

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Wie ich heute erfahren habe, hat der Rat der Stadt auf Antrag der ATG, Kreisgeschäftsstelle Ffo., in obiger Angelegenheit entschieden, daß das Kreissammellager bei der Firma Oscar Pinnow, hier, errichtet wird. Gegen diesen Entscheid erhebe ich Einspruch aus folgenden Gründen:

Seit einem Jahre wird von meinen Kraftfahrzeugen die Linie Frankfurt/Oder. - Berlin - Frankfurt/Oder in regelmäßigen Abständen befahren. Zu diesem Zweck habe ich in Berlin bei zwei Spediteuren Sammelstellen eingerichtet, bei denen die hiesige Kaufmannschaft ihre in Berlin gekauften Waren bis zur Abholung durch mich lagert. Ebenso werden die am Platze aufkommenden Güter von mir dort zur Auslieferung angeliefert. Das sind die Firmen

Wendschlag & Pohl, Alexanderplatz, und  
Hans Eichler, Bln.-Tempelhof,

lt. beiliegendem Prospekt.

Um den äußerst knappen Brennstoff und auch Reifenmaterial zu sparen, habe ich im Juni d. Js. dem hiesigen Verkehrsunterausschuß folgenden Plan, der dann auch mit Zustimmung der beteiligten Dienststellen bis jetzt von mir durchgeführt wurde, unterbreitet.

Der von der Schlesischen - Dampfer - Comp. Berliner Lloyd A.-G., Berlin, nach hier unterhaltene Schiffslinienverkehr war infolge Gütermangel nicht voll ausgelastet und wurden demzufolge die Fahrten sehr unregelmäßig durchgeführt. In Berlin war es mir trotz größter Anstrengungen nicht möglich einen Spediteur ausfindig zu machen, der den immerhin ziemlich starken Güteranfall für Frankfurt/Oder aufnehmen und im Westhafen zur Wasserverladung nach hier aufliefern konnte. Die in Frankfurt vorhandenen Kfz. wurden wegen der ungenügenden Treibstoffzuweisung seitens der "ATG" für andere Einsätze benötigt, sodaß die Güter unserer hiesigen Kaufleute oft nicht terminmäßig abgenommen werden konnten und somit der Bevölkerung verloren gingen.

Um den beiden



Um den beiden aufgezeigten Überständen einigermaßen zu steuern, habe ich meine Linienfahrten so gestaltet, daß mein Fahrzeug mit voller Ladung nach Berlin fuhr, dort in zwei Tagen die für Pfo. bestimmten Güter im Westhafen zur Wasserverladung auflieferte, und dann wieder mit voller Ladung nach hier zurückfuhr. Durch diese Maßnahme konnten anstatt bisher bei einer Fahrt 10 to., deren 40 to. und mehr bei einem nur geringen Brennstoffmeherverbrauch befördert werden. Mein Hauptaugenmerk richtete ich bei allen Fahrten darauf, daß auch wirklich die vordringlichsten Güter zuerst behandelt wurden.

Zum 4.11.47 hatte die " ATG " - Hauptgeschäftsstelle, Potsdam, nach Babelsberg eine Versammlung der Linienspediteure des Landes Brandenburg einberufen, auf der die Errichtung der Kreissammellager bekanntgegeben wurde. Dem Verkehrsunterausschuß Pfo. wurde im Anschluß hieran der Plan unterbreitet und von diesem beschlossen, daß dieses Lager mir übertragen werden soll. Aus welchem Grunde die " ATG " Kreisgeschäftsstelle Frankfurt/Oder die Entscheidung der Stadtverwaltung nach der vorangegangenen Entscheidung des Verkehrsunterausschusses herbeiführte, ist mir unerklärlich.

Bemerken möchte ich noch, daß ich während der Nazizeit der einzige Spediteur am Platze war, der nicht der NSDAP angehörte. Daß diese Tatsache dazu beitrug, daß ich mein Geschäft nicht so ausbauen konnte, wie es erforderlich war, brauche ich wohl nicht besonders betonen. Als ich im Juli 1945 nach hier zurückkehrte, fand ich mein Grundstück Leipzigerstr. 9 ausgebrannt vor. Trotzdem habe ich mich sofort zum Aufbau zur Verfügung gestellt, indem ich die Getreidetransporte ab Müllrose für unsere Stadt organisierte. Mit meinem im September 1945 fertiggestellten LKW wurde ich seitens der Fahrbereitschaft zum Milchtransport eingesetzt, den ich bis zum Nov. ds. Js. mit nur kurzen Unterbrechungen laufend durchführte. Hinzu kommen noch die von mir seit ca. einem Jahr ebenfalls laufend durchgeführten Mehltransporte innerhalb des Stadtgebietes.

Während ich mich seit meiner Rückkehr mit meinem Fahrzeugpark 100 % dem Wiederaufbau zur Verfügung stellte, hat sich die Fa. O. nun außer mit ihren Stadttransporten in der Hauptsache nur mit Urlaubetransporten der Besatzungsmacht vom Personenbahnhof zum Verschiebeparkplatz beschäftigt. Hierbei wurde besonders stark darauf geachtet, daß nicht etwa ein anderer Kollege in das Geschäft kam; denn es wurden hierbei nicht nur Reifen und Kfz. geschont, sondern ein schöner Barverdienst war noch die Zugabe.

Zum Schluß möchte ich noch besonders darauf hinweisen, daß ich über die für die Errichtung des Kreissammellagers notwendigen Lagerräume, Gr. Müllroserstr. 24, ehem. Markthalle, verfüge. Eine gute Anfahrt, auch für 15 to. Kfz., ein großer Hof und eine gemauerte Rampe an den Lagerräumen sind vorhanden. Über das erforderliche technische und kaufm. Personal verfüge ich ebenfalls.

Mit meinem



Mit meinem Kraftfahrzeugpark, zur Zeit 7 Fahrzeuge, bin ich jederzeit in der Lage, allen an mich gestellten Anforderungen gerecht zu werden.

Ich bitte hiermit nochmals, die vom Rat der Stadt am 18. d. Mts. gefällte Entscheidung zu überprüfen und ein gerechtes Urteil in dieser Angelegenheit zu fällen. Sollte wider Erwarten der spruch zu meinen Ungunsten ausfallen, werde ich mir erlauben, noch einmal darauf zurück zu kommen.

1 Anlage!

Hochachtungsvoll

Paul Hannemann  
*Paul Hannemann*

GOHRSMÜHLE

JUN 5







# Linien-Verkehr

Frankfurt-Oder – Berlin – Frankfurt-Oder

## *Ladestelle Frankfurt-Oder:*

**PAUL HANNEMANN**

Spedition - Möbeltransport - Wasserverladung

**FRANKFURT-ODER**

Telefon 515 - Gr. Müllroser Straße 24

## *Ladestellen Berlin:*

**WENDSCHLAG & POHL**

Spedition - Lagerung

**BERLIN C 2**

Neue Königstraße 60 - Telefon: 51 55 22 - 51 43 10

**HANS EICHLER**

Spedition - Lagerung

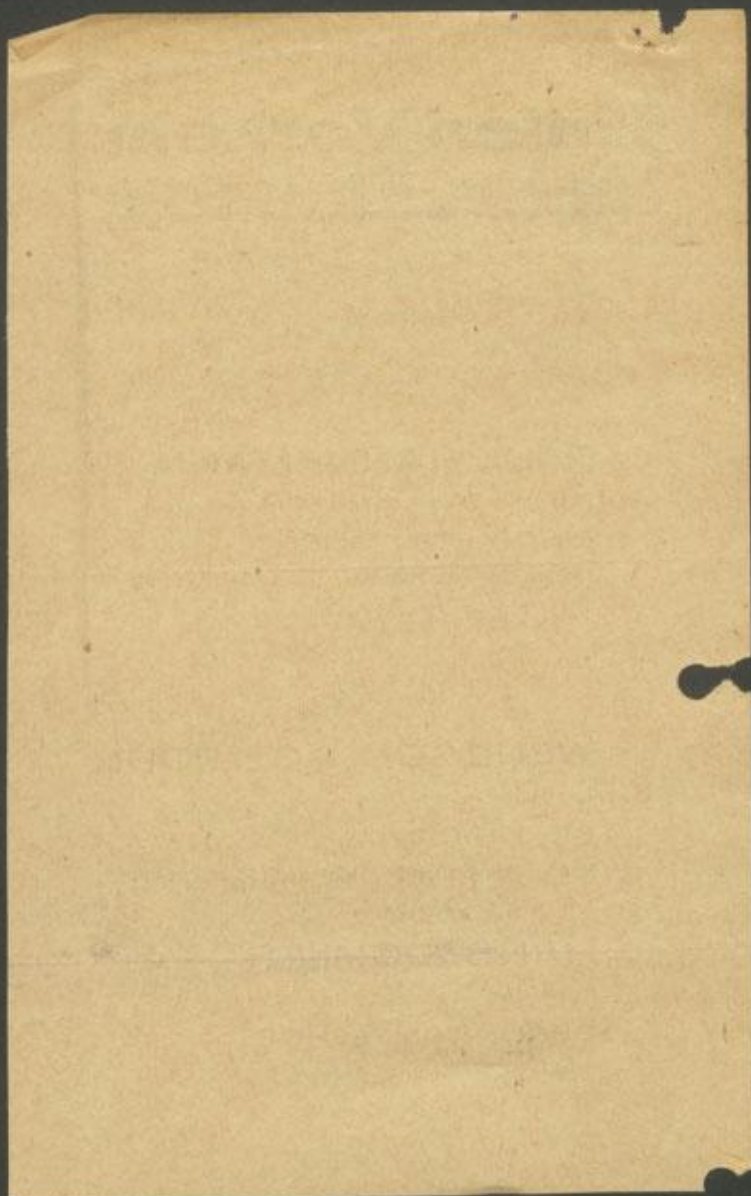
**BERLIN-TEMPELHOF**

Bessemer Straße 2-14 - Telefon: 75 26 63

(54) Schunker, Pfa. 2636

42 714







2  
29. Dez. 1947.

Der Oberbürgermeister

Dem

Finanzamt

Frankfurt/Oder  
\*\*\*\*\*

Gemäss Beschluss des Rates der Stadt vom 24.12.47 bitte  
ich mit Herrn Stadtrat Schulze eine Vereinbarung betr. seines Autos  
zu treffen und dem Rat der Stadt vorzulegen.

Der Oberbürgermeister

1111 7



St. 121. 1. 1. 1.

St. 121. 1. 1. 1.

St. 121. 1. 1. 1.

St. 121. 1. 1. 1.

St. 121. 1. 1. 1.

St. 121. 1. 1. 1.

St. 121. 1. 1. 1.

St. 121. 1. 1. 1.



29. Dez. 1947.

Der Oberbürgermeister Dem

Finanzamt

Frankfurt/Oder  
=====

Der Rat der Stadt hat auf Antrag der Abteilung Wirtschaft beschlossen, nachstehende Gesellschaften zu gründen:

- a) Frankfurter Betriebsgesellschaft "Wiederaufbau"
- b) Frankfurter Kultur-Betriebe GmbH.
- c) Frankfurter Messe GmbH.

Die Gesellschaftsverträge sollen durch die Finanzverwaltung in Zusammenarbeit mit der Abteilung Wirtschaft und Volksbildung ausgearbeitet und dem Rat der Stadt vorgelegt werden.

Ich bitte um entsprechende Veranlassung.

Der Oberbürgermeister

Anlagen.

1947 8



14/1

Das Oberste Gericht hat am 14. April 1911  
in der 1. Instanz entschieden, dass  
die Klage des Herrn ...  
abgewiesen wird.  
Die Kosten des Verfahrens trägt der Kläger.  
Die Revision ist nicht eingelegt.  
Die Urteilsurkunde ist am 14. April 1911  
ausgegeben.



STADTVERWALTUNG  
FRANKFURT (ODER)  
II-Wirtschaft

Abteilung: \_\_\_\_\_

Fernsprecher 151/40

Bankkonto:  
Stadtbank Frankfurt (Oder)

Frankfurt (Oder), den 22.12.47  
K.

Herrn Oberbürgermeister W e g e n e r  
zur Vorlage im Rat der Stadt

13.12.47

Th.

Wir schlagen dem Rat der Stadt vor, nachstehende Gesellschaften  
zu gründen:

1. Frankfurter Betriebsgesellschaft "Wiederaufbau"  
Gesellschaft mit beschränkter Haftung,

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme und der  
Betrieb

- a) des Städt. Bauhofes,
- b) des aus der Entrümmerung der Stadt anfallenden Materials,
- c) Betrieb und Ausbau des städtischen Fuhrwesens,
- d) Betrieb und Ausbau der städtischen Güterbahn,
- e) Vorbereitung einer städtischen Müllabfuhr.

2. Frankfurter Kultur-Betriebe GmbH.  
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und der Betrieb  
durch Pachtung

74.21.22

- a) des städtischen Theaters,
- b) der städtischen Kino-Unternehmungen,
- c) sowie ähnlicher Kulturstätten und kultureller Veranstaltungen aller Art.

3. Frankfurter Messe GmbH.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung,

Gegenstand des Unternehmens ist das Aufziehen von Messeveranstaltungen.

Vertragsentwürfe fügen wir bei und bitten den Rat der Stadt, die Vorschläge zu prüfen und die Gründung zu beschliessen.

Abteilung Wirtschaft  
der Stadt Frankfurt/Oder

*[Handwritten signature]*

Anlagen



Es erschienen:

1. Herr Oberbürgermeister Wegener, als Vertreter der Stadt Frankfurt/Oder
2. Herr Kaufmann Theodor Schlüter,
3. Herr Kaufmann Walter Gorsky.

Die Erschienenen erklärten:

Wir schliessen zum Zwecke der Errichtung einer Gesellschaft folgenden Gesellschaftsvertrag:

§ 1.

Die Firma der Gesellschaft lautet:

Frankfurter Betriebsgesellschaft "Wiederaufbau"  
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Frankfurt/Oder.

§ 2.

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme und der Betrieb

- a) des Städt. Bauhofes,
- b) des aus der Enttrümmerung der Stadt anfallenden Materials,
- c) Betrieb und Ausbau des städtischen Fuhrwesens,
- d) Betrieb und Ausbau der städtischen Güterbahn,
- e) Vorbereitung einer städtischen Müllabfuhr.

§ 3.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr beginnt mit der Eintragung der Gesellschaft und endet mit dem 31. Dezember 1948.

§ 4.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt

RM

Auf dieses Stammkapital werden folgende Einlagen geleistet:

1. Die Gesellschaft übernimmt das von der Stadtverwaltung bisher verwaltete Vermögen

- a) des Bauhofes,
- b) der Industrie- und Hafenbahn mit Ausnahme des Grundvermögens,
- c) des Fuhrparks,
- d) das nach Liquidierung des Städt. Bergungsamtes verbleibende Material.

Diese Einlagen werden bewertet, wie folgt:

- a)
- b)
- c)
- d)

10

2. Herr Theodor Schlüter bringt in die Gesellschaft ein RM 1000.-,
3. Herr Walter Gorsky bringt ein RM 1000.-

Die



Die Gesellschafter Theodor Schlüter und Walter Gorsky bedürfen zur Abtretung ihrer Geschäftsanteile der Zustimmung der Gesellschaft. Ihre Geschäftsanteile sind auch nicht frei vererblich oder pfändbar.

Die Geschäftsanteile der Gesellschafter Theodor Schlüter und Walter Gorsky sind auch nicht tilgbar. Dagegen kann der Geschäftsanteil der Stadt Frankfurt/Oder beliebig getilgt werden bis zu Beträgen, die durch 10.000 teilbar sind.

#### § 5.

Über den Betrag der Stammeinlage hinaus können die Gesellschafter die Einforderung von weiteren Einzahlungen beschliessen, jedoch dürfen die Nachschüsse in jedem Falle 1/4 und insgesamt den vollen Betrag des Stammkapitals nicht übersteigen.

#### § 6.

Die Gesellschaft darf Geschäftsanteile, auf welche die Stammeinlage vollständig eingezahlt ist, aus dem über den Betrag des Stammkapitals und der Reserve und Amortisationsfonds hinaus vorhandenen Vermögen erwerben; sie darf auch Geschäftsanteile gegen Zahlung des Nennbetrages aus dem Amortisationsfonds und gegen Gewährung von Genussscheinen einziehen. Die Genussscheine berechtigen den bisherigen Gesellschafter oder dessen Rechtsnachfolger für das zur Zeit der Einziehung laufende und die folgenden 5 Geschäftsjahre zu dem seiner bisherigen Stammeinlage entsprechenden Anteil am Reingewinn.

#### § 7.

Die Bestellung der Geschäftsführer und der Widerruf der Bestellung geschehen durch den Aufsichtsrat. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens 2 Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten.

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsverteilung unter den Geschäftsführern vorzunehmen.

Die Zeichnung der Firma geschieht in der Weise, dass die Zeichner auf dem geschriebenen oder mechanisch hergestellten Wege der Firma die bezeichnende der Gesellschaft ihre Namensunterschrift beifügen.

#### § 8.

Die Bestellung von Prokuristen und die Einforderung von Einzahlungen auf die Stammeinlage erfolgen durch den Aufsichtsrat. Ein Beschluss der Gesellschafter-Versammlung ist nicht erforderlich.

#### § 9.

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 5 Personen, von denen 2 sowohl Mitglied des Betriebsrates einer Betriebssparte, als auch Mitglied des FDGB. sein müssen. Ein Mitglied ist von der Stadtverordneten-Versammlung zu benennen.

Den Vorsitz des Aufsichtsrates hat der Oberbürgermeister der Stadt, sein Stellvertreter ist der Leiter der Abteilung Wirtschaft.

Eine Änderung in der Person der Mitglieder des Aufsichtsrates bedarf weder der Anzeige an das Gericht, noch der Bekanntgabe.

Die



Die Amtsdauer der Mitglieder des Aufsichtsrates beträgt 3 Jahre. Nach Ablauf der Wahlzeit bleiben die Aufsichtsratsmitglieder solange im Amt, bis die Neuwahl vollzogen ist.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind jederzeit zur Niederlegung ihres Amtes befugt, auch wenn ein wichtiger Grund hierzu nicht vorliegt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind zur Niederlegung ihres Amtes verpflichtet, wenn sie aus ihrem städtischen Amt ausscheiden oder aufhören Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung, des Betriebsrates oder des FDGB. zu sein.

Scheiden Mitglieder des Aufsichtsrates vor Ablauf ihrer Amtsdauer aus, so ist auf Antrag von mindestens 2 Gesellschaftern eine Ersatzwahl vorzunehmen.

#### § 10.

Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse in der Regel in Sitzungen, jedoch können Beschlüsse auch durch Einholung schriftlicher, telegraphischer oder telefonischer Erklärungen gefasst werden. In letzterem Falle sind die Beschlüsse in der nächsten Aufsichtsratsitzung in das Beschlussbuch des Aufsichtsrates aufzunehmen.

Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.

Der Aufsichtsrat tritt zusammen, sobald der Vorsitzende, ein Geschäftsführer oder ein Mitglied des Aufsichtsrates dies mit begründeter Tagesordnung verlangt.

Wenn ein Mitglied des Aufsichtsrates innerhalb der vom Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter bestimmten Frist auf einen Antrag eine Erklärung nicht abgibt, so wird bei der Berechnung der Stimmen seine Stimme nicht mitgezählt.

#### § 11.

Der Genehmigung des Aufsichtsrates unterliegen folgende Rechtshandlungen der Geschäftsführer:

1. Der Erwerb, die Belastung und Veräußerung von Grundstücken
2. Pacht- und Mietverträge, welche auf länger als ein Jahr abgeschlossen werden sollen,
3. die Bestellung der Geschäftsführer und die Bestellung von Prokuristen,
4. Dienstverträge, bei welchen eine Vergütung von mehr als RM 1.000.- jährlich vereinbart ist,
5. die Einforderung von Einzahlungen auf die Stammeinlage,
6. die Rückzahlung von Nachschüssen,
7. die Gewährung von Gratifikationen und Sonderanteilen,
8. die Vergütung von Spesen, Aufwandsentschädigungen usw.,
9. Geschäftsabschlüsse, durch welche die Gesellschaft zu einem Betrage von mehr als RM 25.000.- verpflichtet werden soll.

Dem Aufsichtsrat sind sämtliche der Versammlung der Gesellschafter zur Beschlussfassung unterbreiteten Gegenstände, insbesondere auch die Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung vorzulegen.

Der Aufsichtsrat übt sein Amt ehrenamtlich aus. Er hat lediglich Anspruch auf eine Dienstaufwandsentschädigung nach allgemeinen städtischen Grundsätzen.



§ 12.

Alljährlich findet spätestens im Laufe des April eine ordentliche Versammlung der Gesellschafter statt.

Die Leitung der Gesellschafter-Versammlung gebührt dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates, im Verhinderungsfalle seinem Stellvertreter.

§ 13.

Die Berufung der Versammlung der Gesellschafter geschieht durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates oder in dessen Auftrage durch die Geschäftsführer.

Ort der Versammlung ist Frankfurt/Oder, falls nicht der Aufsichtsrat einen anderen Ort bestimmt.

Die Berufung hat schriftlich mit einer Frist von mindestens 3 Tagen zu erfolgen. Der Tag der Absendung und der Tag der Versammlung sind hierbei nicht mitzurechnen.

In ausserordentlichen Fällen kann die Gesellschafter-Versammlung ohne Einhaltung einer Frist einberufen werden. In diesem Falle ist die Zustimmung der Gesellschafter mit dem Abweichen von der Norm in das Versammlungsprotokoll aufzunehmen.

§ 14.

Über die von der Versammlung der Gesellschafter gefassten Beschlüsse ist, soweit nicht eine notarielle Beurkundung erfolgt, eine Niederschrift aufzunehmen, die von dem Vorsitzenden zu unterzeichnen ist.

§ 15.

Die Bilanz ist von den Geschäftsführern in den ersten 4 Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres aufzustellen und alsdann vom Aufsichtsrat zu prüfen.

Über die Genehmigung der Bilanz, sowie über die Verteilung eines Reingewinns beschliesst die ordentliche Versammlung der Gesellschafter auf Vorschlag des Aufsichtsrates.

§ 16.

Der Reingewinn wird, wie folgt, verteilt:

1. Mindestens 5%, in der Regel soviel als steuerlich zulässig, sind einem Reservefonds solange zuzuführen, bis dieser Reservefonds 25% des Stammkapitals erreicht hat. Der Reservefonds dient zur Deckung eines aus der Bilanz sich ergebenden Verlustes.
2. Der danach sich ergebende Reingewinn ist dem Rate der Stadt Frankfurt/Oder zur Verfügung zu stellen, sofern nicht die Gesellschafter-Versammlung zur Erfüllung der Zwecke der Gesellschaft andere Bestimmungen trifft.

§ 17.

Abänderungen des Gesellschaftsvertrages können nur in einer Versammlung der Gesellschafter mit einfacher Stimmenmehrheit beschlossen werden.

§ 18.

Im Falle der Auflösung der Gesellschaft erfolgt die Liquidation durch die Geschäftsführer, sofern die Liquidation nicht durch Beschluss der Gesellschafter anderen Personen übertragen wird.

Das



Das nach Beendigung der Liquidation verbleibende Gesellschaftervermögen ist der Stadtgemeinde Frankfurt/Oder zu übertragen. Zu der Übertragung ist der letzte Liquidator befugt und legitimiert.

§ 19.

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch die in Frankfurt/Oder erscheinende Tageszeitung.

Frankfurt/Oder, den .....





173  
Es erschienen:

1. Herr Oberbürgermeister Wegener, als Vertreter der Stadt Frankfurt/Oder.
2. Herr Kaufmann Walter Gorsky,
3. Herr Stadtschulrat Kant.

Die Erschienenen erklärten:

Wir schliessen zum Zwecke der Errichtung einer Gesellschaft folgenden Gesellschaftsvertrag:

§ 1.

Die Firma der Gesellschaft lautet:

Frankfurter Kultur-Betriebe GmbH,  
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Frankfurt/Oder.

§ 2.

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und der Betrieb durch Pachtung

- a) des städtischen Theaters,
- b) der städtischen Kino-Unternehmungen,
- c) sowie ähnlicher Kulturetäten und kultureller Veranstaltungen aller Art.

§ 4.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt

RM

13

Auf dieses Stammkapital werden folgende Einlagen geleistet:

- 1.
- 2.
- 3.

§ 9.

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 5 Personen, von denen 2 Vertreter der Stadt zu benennen sind, 1 Vertreter der Stadtverordneten-Versammlung und 2 Mitglieder der Betriebe, die dem Betriebsrat und dem FDGB. angehören müssen.

Den Vorsitz des Aufsichtsrates hat der Oberbürgermeister der Stadt, sein Stellvertreter ist



Es erschienen:

16

1. Herr Oberbürgermeister Wegener, als Vertreter der Stadt Frankfurt/Oder,
2. Herr Stadtrat Theodor Schlüter, als Leiter der Abteilung Wirtschaft,
3. Herr Stadtkämmerer Walter Gorsky.

Die Erschienenen erklärten:

Wir schließen zum Zwecke der Errichtung einer Gesellschaft folgenden Gesellschaftsvertrag:

§ 1.

Die Firma der Gesellschaft lautet:

Frankfurter Messe GmbH.  
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Frankfurt/Oder.

§ 2.

Gegenstand des Unternehmens ist der Aufbau, die Propagierung und Durchführung einer ständigen Messe in Frankfurt/Oder und weiterer Messeveranstaltungen.

14

§ 4.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt

RM

Auf dieses Stammkapital werden folgende Einlagen geleistet:

- 1.
- 2.
- 3.

§ 9

Der Aufsichtsrat besteht aus 12 Personen, und zwar

1. den Leiter der Abteilung Wirtschaft,
2. den Stadtkämmerer
3. den jeweiligen Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer,
4. den jeweiligen Geschäftsführer der Handwerkskammer,
5. den Direktor der Stadt-Landeskreditbank,
6. Vertreter der Wirtschaft (Herr Fuhrmann),
7. Vertreter der Wirtschaft (Herr Hollert),
8. einem Vertreter des Konsumenten,
9. einem Vertreter der Vereinigung der gegen eiligen Bau-mhilfe,
10. einem Vertreter des Verkehrsvereins,
11. einem Juristen,
- 12.

Den Vorsitz des Aufsichtsrates hat der Leiter der Abteilung Wirtschaft.



29. Dez. 1947.

Der Oberbürgermeister

Herrn

Stadtrat K a n t

Frankfurt/Oder

Laut Beschluss des Rates der Stadt vom 24.12.47 erteile ich hiermit Herrn Stadtrat K a n t

V o l l m a c h t ,

mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund Verhandlungen zu führen und einen Vertrag abzuschließen betr. Benutzung des Kinosalles in dem früheren Kruse'schen Grundstück in der Leipzigerstrasse.

Der Vertrag soll vor Abschluss dem Rat der Stadt vorgelegt werden.

Der Oberbürgermeister





16  
29. Dez. 1947.

Der Oberbürgermeister

Tgb. 8736

Dem

Amt für Volksbildung

Frankfurt-Oder  
=====

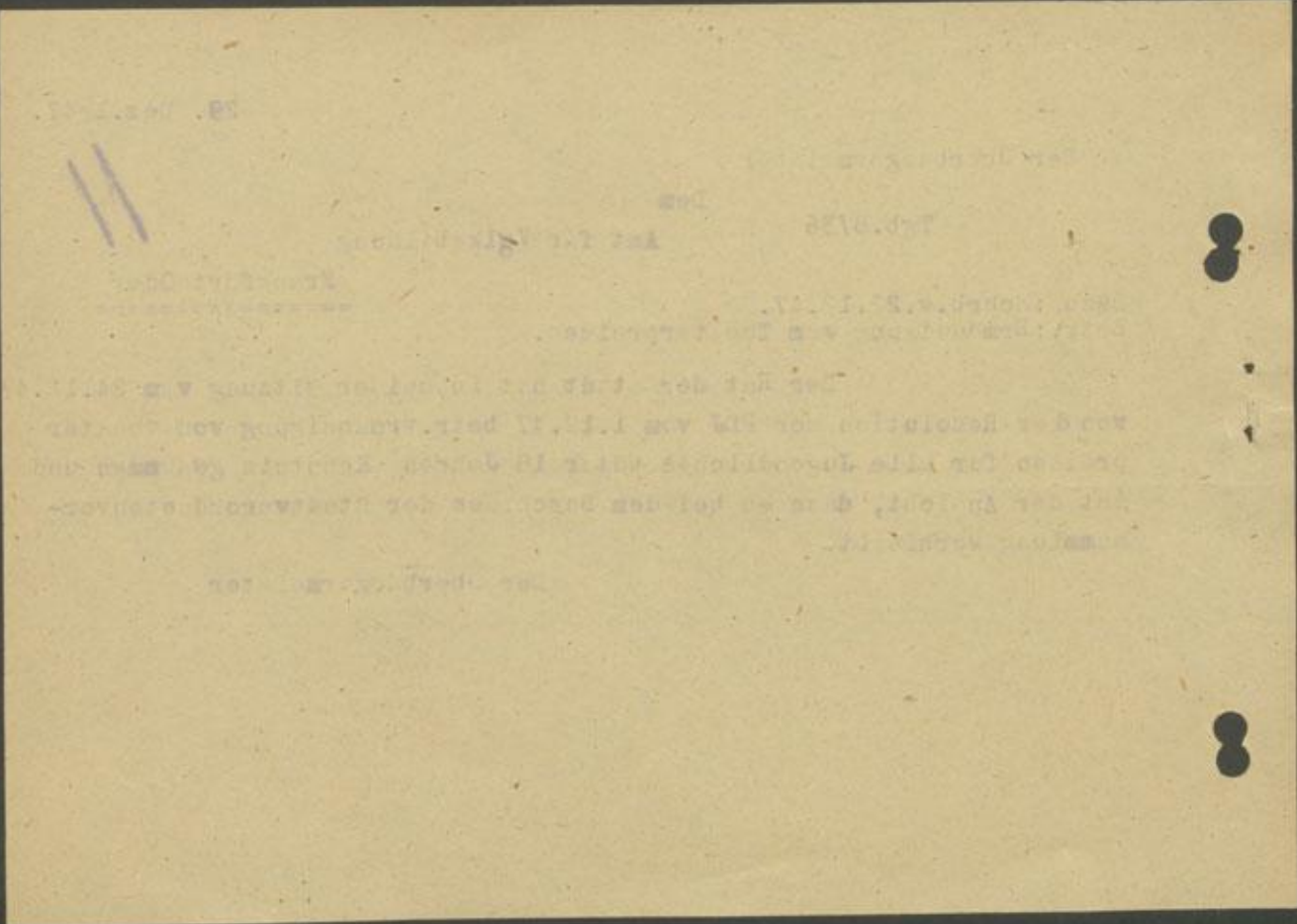
Bezug: Schrb. v. 22.12.47.

Betr.: Ermässigung von Theaterpreisen.

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung vom 24.12.47 von der Resolution der FDJ vom 1.12.47 betr. Ermässigung von Theaterpreisen für alle Jugendlichen unter 18 Jahren Kenntnis genommen und ist der Ansicht, dass es bei dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung verbleibt.

Der Oberbürgermeister

16





STADTVERWALTUNG  
FRANKFURT (ODER)

Frankfurt (Oder), den 22. Dez. 1947.

Abteilung: Volksbildung.

Geschäfts-Zeichen: F.

Fernsprecher 751-755

Bankkonto:

Stadtbank Frankfurt (Oder)

Herrn

Verwaltung

Frankfurt (Oder)

Oberbürgermeister

Wegener

23. 12. 47

8736

im Hause.

Betr. : Resolution der FDJ. vom 1.12.47 betr. Ermäßigung von  
Theaterpreisen für alle Jugendlichen unter 18 Jahren  
sowie Lehrlinge, Schüler und Studenten über 18 Jahre.

Anlg. : - 1 -

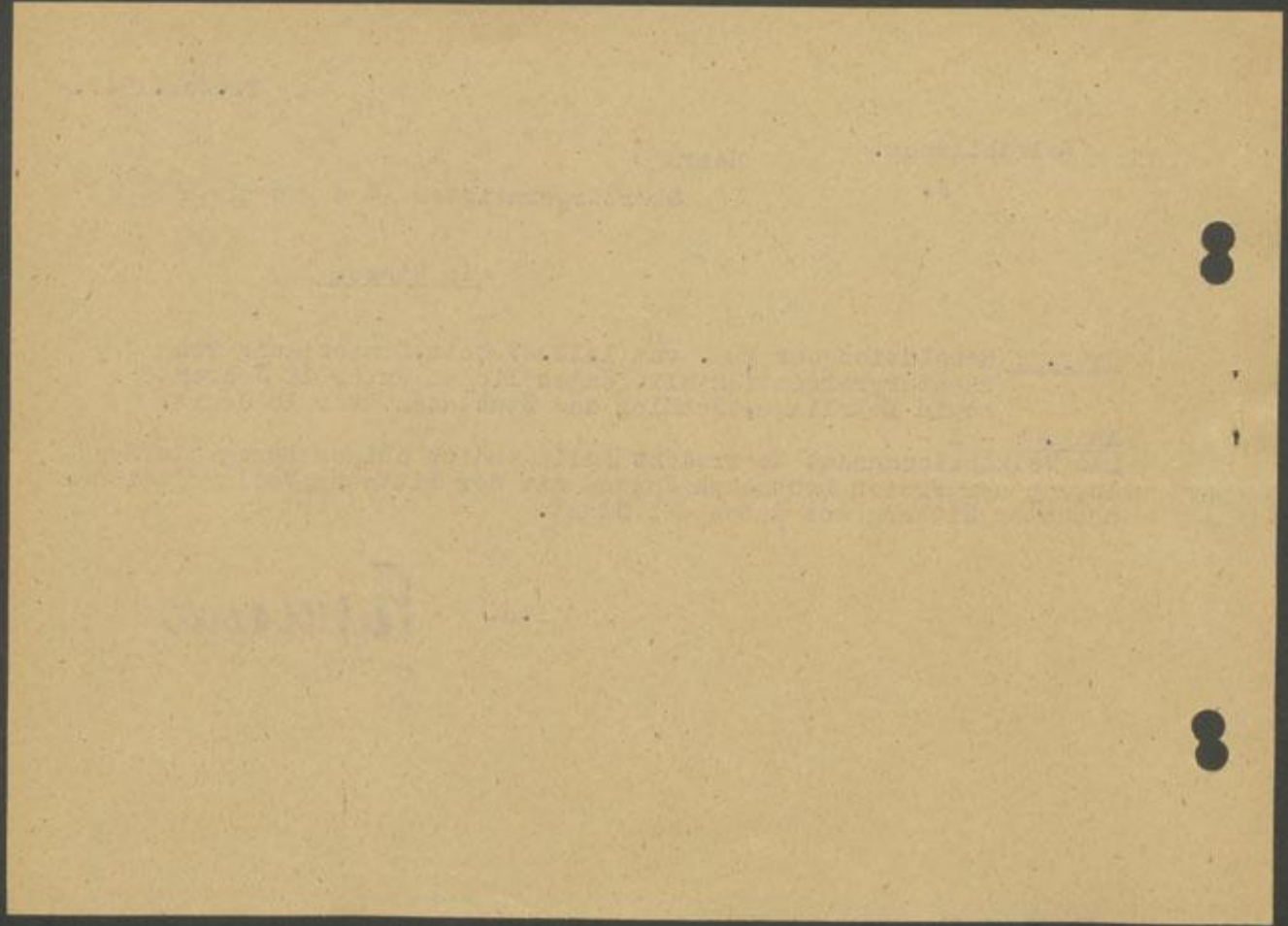
Das Volksbildungsamt überreicht anliegend zu obigem Bezug die Reso-  
lution der Freien Deutschen Jugend mit der Bitte um Vorlage bei der  
nächsten Sitzung des Rates der Stadt.

i. A.

Stadtverw.

Abt. Volksbildung

17







**FREIE  
DEUTSCHE JUGEND**

**STADTKREISLEITUNG FRANKFURT (ODER)**

BÜRO: ZIEGELSTRASSE 7 · TELEFON 343

KONTO: STADTBANK NR. 1804

12)

ABT. DER KREISLEITER

1.12.1947

Dr. B. Nr. 147

An den  
Herrn Stadtschulrat  
Frankfurt (Oder)

Resolution:

Wir bitten um die Ausdehnung des Stadtverordnetenbeschlusses  
betreffs der ermäßigten Theaterpreise für F.D.J. Mitglieder  
unter 18 Jahren.

Es sollen künftig alle Jugendliche unter 18 Jahren und  
Lehrlinge, Schüler und Studenten über 18 Jahren unter die-  
sen Beschluss fallen.

Die Delegierten der 2. Kreisdelegiertenkonferenz  
des Stadtkreises Frankfurt (Oder).





*Ingenieurschule*  
für Wasserwirtschaft, Kulturtechnik  
und Vermessungswesen.

An  
die Stadtverwaltung  
Abt. Der Oberbürgermeister  
in  
Frankfurt a.d.Oder

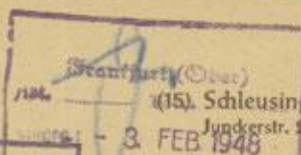
Betrifft: Antrag der Studierenden Erich Müller, Rolf Meinhold,  
Günther Seidel, auf ein Stipendium.  
Bezug: Jhr Schreiben vom 29.11.1947.

Die genannten Studiemenden, der K. 1  
Klasse weisen gute Durchschnittsleistungen auf. Jhr per-  
sönliches Verhalten ist einwandfrei. Der Antrag auf ein  
Stipendium wird befürwortet.

Der Direktor.  
*Lynck*  
Reg. Baurat.

b. wenden

19



12 14  
30. Januar 1948.



*Zu Akte*  
*Dr. Varganf.*

*Protokoll*  
*vom 28.11.47*

*H. Meyer*

Verwaltung Frankfurt/Oder

Finanzamt

/Haushalt/My/Kr.

xxxxxxx 851 - 853.

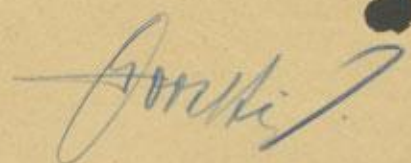
11. Februar 1948.

Herrn  
Oberbürgermeister Wegener,  
Frankfurt (Oder),  
Rathaus.  
Betrifft: Stipendien.

Wir teilen mit, dass auf Anordnung von Herrn Bürgermeister Jentsch  
am 26. 1. 1948 an die Ingenieurschule in Schleusingen für die  
Studierenden

Erich Müller,  
Rolf Meinhold und  
Günther Seidel

je 150.- RM überwiesen worden sind.





4220  
29. 12. 47.

Der Oberbürgermeister

Dem

Finanzamt

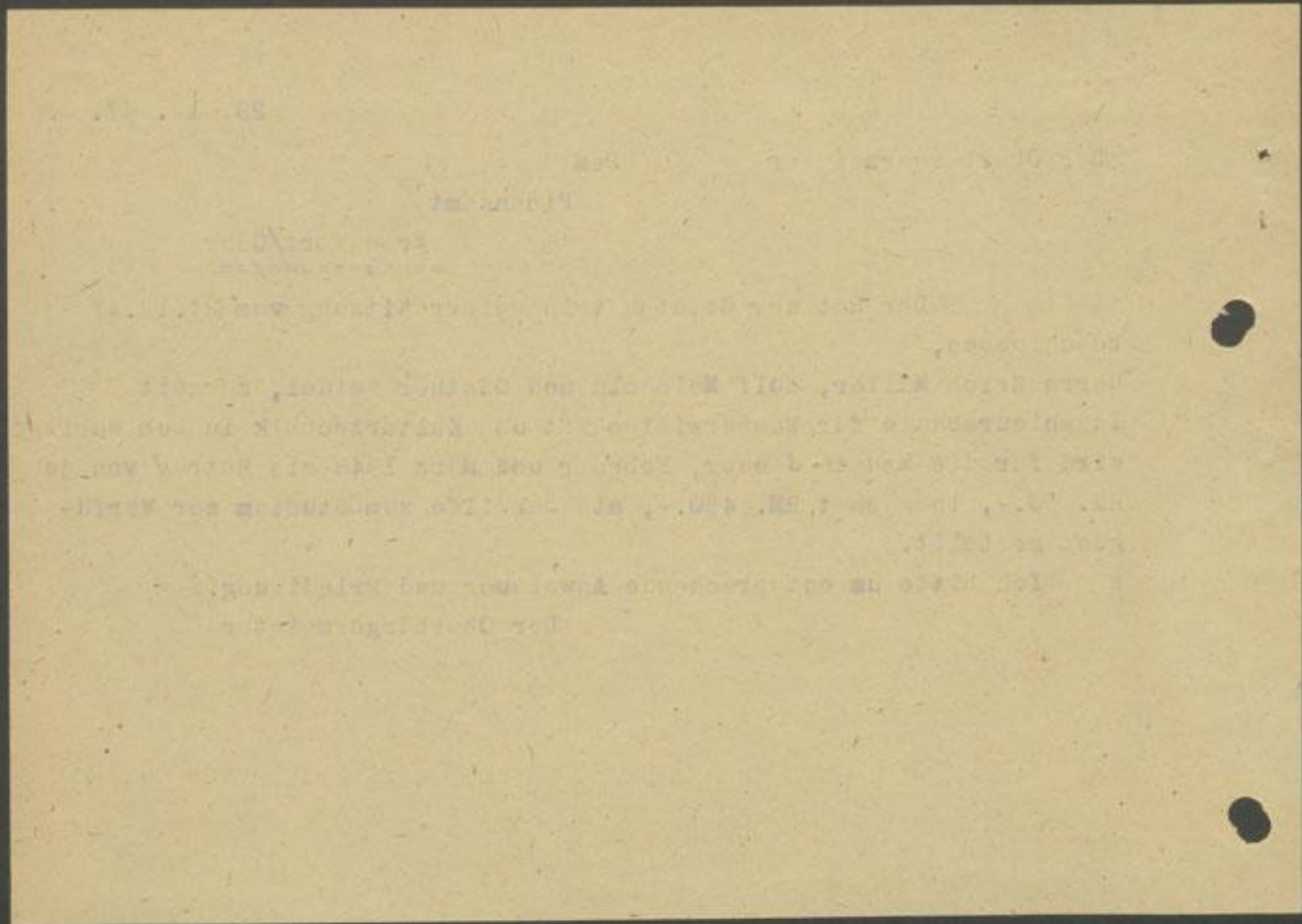
Frankfurt/Oder  
=====

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung vom 24.12.47 beschlossen,  
Herrn Erich Miller, Rolf Meinhold und Günther Seidel, zurzeit  
Ingenieurschule für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik in Schleusinge  
wird für die Monate Januar, Februar und März 1948 ein Betrag von je  
RM. 50.-, insgesamt RM. 450.-, als Beihilfe zum Studium zur Verfü-  
gung gestellt.

Ich bitte um entsprechende Anweisung und Erledigung.

Der Oberbürgermeister

20





21

Heute erschien Herr Günther S e i d e l, der zurzeit auf der Ingenieurschule für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik in Schleusingen/Thüringe studiert.

Er gibt an, dass er und seine beiden Kameraden in der Hauptsache durch eigenen Verdienst, den sie sich durch Holzeinschlag in ihrer Freizeit verdienen, ausser geringen Zuschüssen, die sie von Verwandten erhalten. Alle 3 sind bereit nach dem Examen nach Frankfurt/Oder zurück zukehren, um ihre Kenntnisse der Stadt zur Verfügung zu stellen. Sie haben alle 3 von Ostern 1948 an noch 2 Jahre (4 Semester) zu studieren.

Die beiden andern werden sich nach Weihnachten vorstellen.

Frankfurt/Oder, den 22.12.47.

Der Oberbürgermeister



21

STADT  
FRANK

Abteilung De

Geschäfts-Ze

Fernsprecher

Bankkonto:

Stadtbank Fra

Bez

Be

der

ge

ist

I

vor

H

54) Schenker, Flo.

Schneeweiß, 56/57. 8. 9. 1899.



STADTVERWALTUNG  
FRANKFURT (ODER)

Frankfurt (Oder), den 29. Nov. 1947.

Abteilung Der Oberbürgermeister

Geschäfts-Zeichen:

Fernsprecher 750 Tgb. 7814/47.

Bankkonto:

Stadtbank Frankfurt (Oder)

Herrn

Erich Müller, Rolf Meinhold, Günther Seidel

(15a) Schleusingen /Thür.

=====  
Elisabethstr. 3

Bezug: Schrb.v. 13.11.47

Betr.: Stipendium

Über Ihr Schreiben haben wir uns gefreut und stehen dem Gedanken, Sie zu unterstützen, im Augenblick noch nicht ablehnend gegenüber. Da im Augenblick ein Fonds für Stipendien nicht vorhanden ist, soll versucht werden, einen derartigen zu schaffen.

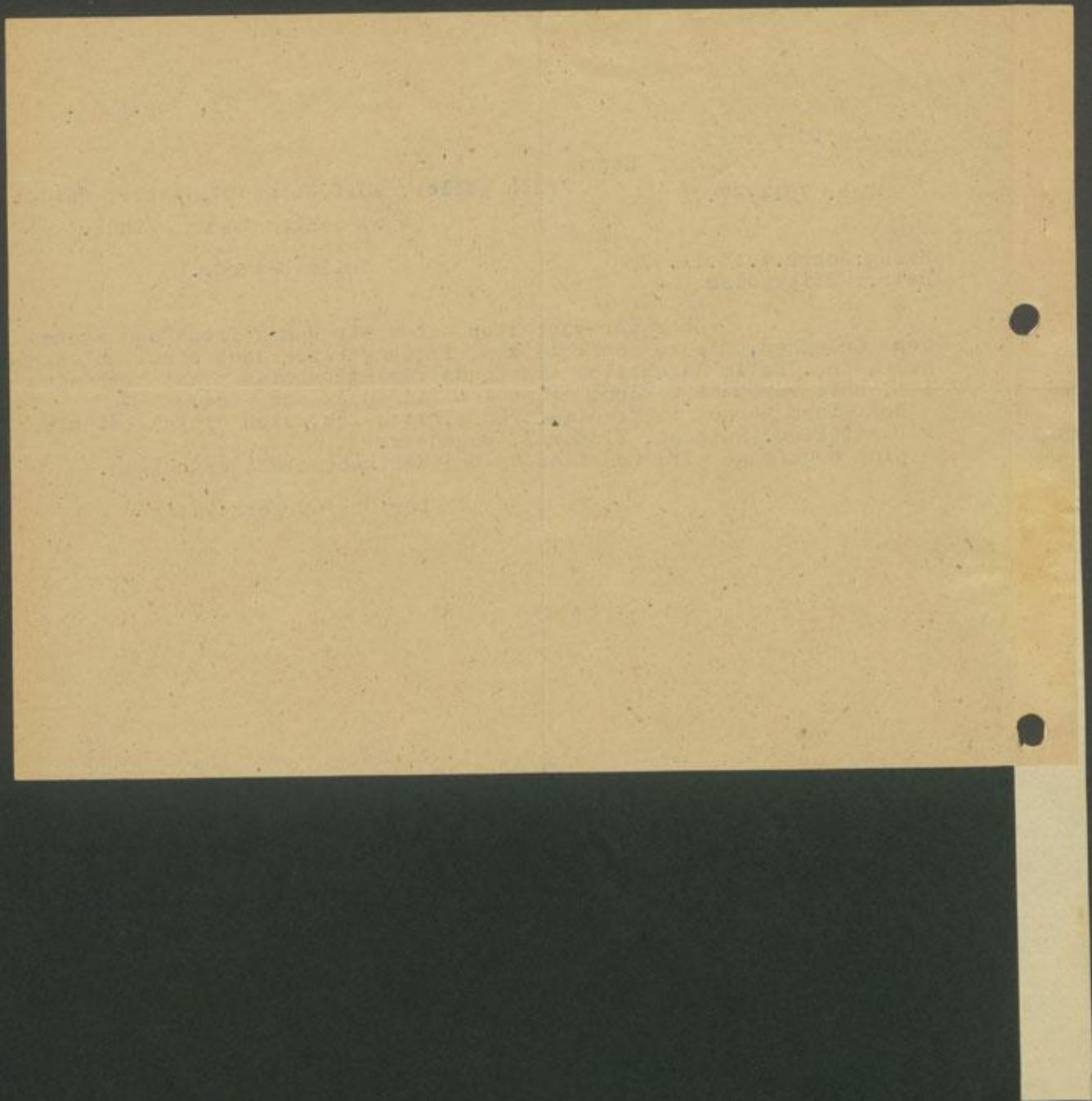
Bei einem Besuch in Frankfurt/Oder, bitte ich, sich einmal bei mir vorzustellen. (Rathaus, Zimmer 3, Logenstr.)

Eine Rückfrage wird von hieraus bei der Hochschule erfolgen.

Der Oberbürgermeister



22





# STÄDTISCHE GÜTERVERWALTUNG

FRANKFURT (ODER) / GRONENFELDER WEG 22

TELEFON 403

Frankfurt (Oder), den 22.12.1947

An den  
Magistrat der Stadt Frankfurt/Oder  
zu Hd. Herrn Oberbürgermeister W e g e n e r  
Frankfurt/Oder

Betr.: Viehabgabe auf Mühlen zur Erfüllung des Getreidesolls.

Von verschiedener Seite wurde mir mitgeteilt, dass Gerüchte über mich im Umlauf sind insofern, dass in Gronenfelde die Ställe wieder voll von Vieh sind und in Mühlen alles leer ist.

Ich möchte Ihnen hiermit ein genaues Bild über die Viehaktion Mühlen-Gronenfelde hiermit geben: Von Gronenfelde wurden Mühlen 4 Kühe im Gewicht von 34 Zentner für Abgabesoll zur Verfügung gestellt. 9 Stück Jungvieh wurden für Mühlen abgegeben im Gewicht von 50,40 Zentner gegen Umtausch von hochtrachtigem Milchvieh, damit dasselbe den Stadtgütern erhalten bliebe und nicht geschlachtet wurde. Diese 4 Kühe kamen in den Stall von Gronenfelde. Das Gewicht der 4 Kühe, die gewogen wurden, entspricht dem Umtausch von 50,40 Zentner Vieh. Ferner wurden von Gronenfelde 1 nicht mehr gebrauchsfähiger Zugochse gegen 2 hochtrachtige Färsen umgetauscht. Die Färsen kamen nach Gronenfelde und der Ochse zum Schlachthof gebracht. Dieser Tausch Ochse gegen 2 Färsen hat mit dem Abgabesoll Mühlen nichts zu tun. So kommt es, dass Gronenfelde, dem 2 Kühe bei dieser Aktion verblieben, das Gut wieder 6 Kühe und 4 Färsen hat. Gronenfelde hatte vor dieser Aktion 15 Stück Rindvieh und nach der Aktion 11 Stück Vieh. Es fehlen im Bestand in Gronenfelde die 4 Mühlen zur Verfügung gestellten Kühe.

Ferner wurden für Mühlen 3 Mastschweine im Gewicht von 6,40 Zentner als Abgabesoll zur Verfügung gestellt. Um hierin einen Ausgleich zu schaffen, da Mühlen eine große Menge kleinerer Läufer hatte, die vollkommen unterernährt und im Wachstum zurückgeblieben sind, veranlasste ich, dass 12 kleine Läufer im Gewicht von diesen abgegebenen Mastschweine nach Gronenfelde überführt wurden, da Mühlen die Futterbasis für diese Tiere nicht hat. In Mühlen sind z.B. keine Futterkartoffeln mehr vorhanden und der Verwalter von Mühlen war nicht in der Lage, diese Schweine durchzufüttern. Es ist zu berücksichtigen, dass diese minderwertigen Schweine im neuen Veranlagungsjahr für das Abgabesoll in Frage kommen und Mühlen nicht instande gewesen wäre, für diese Schweine das Soll zu entrichten. Es wäre wieder derselbe Zustand eingetreten, wie dieses Jahr, dass Mühlen hätte kein Fleischsoll nicht erfüllen können. An Futtergetreide für die Schweine ist auch nichts mehr vorhanden, so dass dieses eine dringende wirtschaftliche Massnahme war, diesen Viehaugleich zuzuschaffen.



111  
Mit diesen minderwertigen Schweinen, wovon schon eins bereits wegen Krankheit abgeschlachtet werden musste, 2 weitere, wie der Tierarzt feststellte, ausgemerzt werden müssen, da sie anscheinend tuberkulos sind, ist es für das Gut Gronenfelde nur eine Belastung im Abgabesoll. Da die Schweine aber alle stückmäßig erfasst sind, muss irgendwie das Abgabesoll auch für diese Schweine erfüllt werden und dazu ist das Stadtgut Gronenfelde eher in der Lage, als Nuhnen.

Sie ersuchen aus diesem wahrheitsgetreuen Bericht, dass alle Gerüchte, die über diese Sache verbreitet werden, falsch sind und alle Massnahmen von mir nur in dem Sinne getroffen wurden, die Lasten für das neue Abgabesoll gerecht und vor allen Dingen wirtschaftlich rational zu verteilen. Wenn die Futterbasis für Nuhnen wieder sich gebessert hat, ist es auch in meinem Wirtschaftsplan vorgesehen, da die Schweine in Nuhnen mit der Zeit wegen Unstabilität der Masse langsam ausgemerzt werden müssen, trüchtige Jungmuttern (Hochnacht) nach gründlicher Disinfizierung der Ställe nach dem Stadtgut Nuhnen von hier zu geben.

Sie können überzeugt sein, dass es mir fern liegt, Wirtschaftsvorteile für Gronenfelde zum Nachteil vom Stadtgut N u h n e n herauszuschlagen. Das Stadtgut Nuhnen liegt mir heute wirtschaftlich genau so am Herzen wie das Stadtgut Gronenfelde.

Städtische Güterverwaltung

*Hader*  
(Hader)

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung vom 24.12.47 von dem Schreiben Kenntnis genommen.

Der Oberbürgermeister

29.12.47.

*Meyer*



24  
29. Dez. 1947.

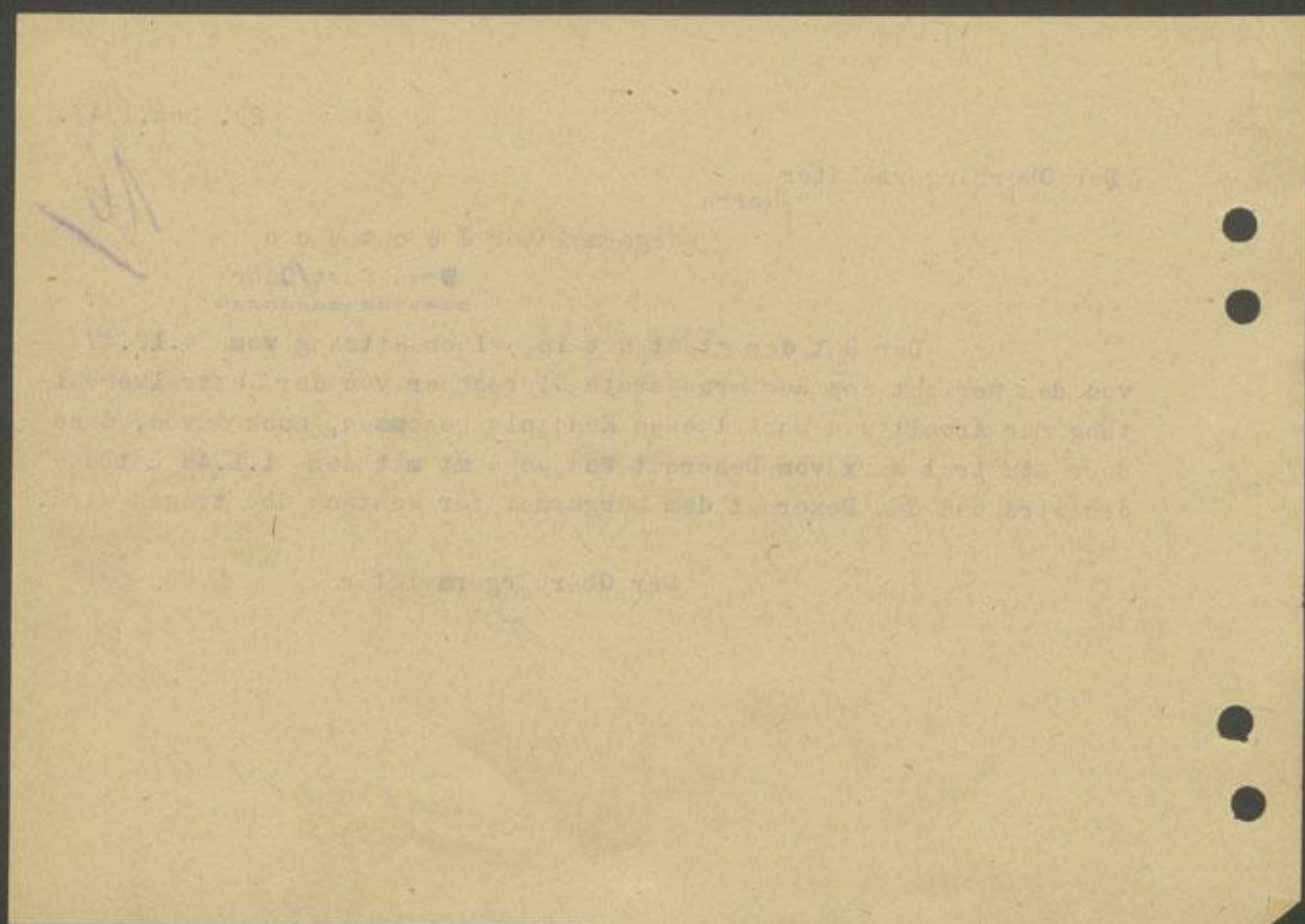
Der Oberbürgermeister  
Herrn

Bürgermeister J e n t s c h  
Frankfurt/Oder  
=====

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung vom 24.12.47  
von dem Bericht des Regierungsrats Gierschner von der Zentralverwal-  
tung für Arbeit und Sozialwesen Kenntnis genommen, auch davon, dass  
Herr Stadtrat Marx vom Dezernat Wohnungsamt mit dem 1.1.48 entbun-  
den wird und das Dezernat dem Bürgermeister Jentsch übertragen wird.

Der Oberbürgermeister  
*M*

24





Zu den  
Akten:

27. Dez. 1947

Der Oberbürgermeister

Herrn

Stadtrat M a r x

Frankfurt/Oder


=====

Durch die Zentralverwaltung Abteilung für Arbeit und Sozialwesen ist am 19.12.47 eine mehrtägige Revision beim hiesigen Wohnungsamt gewesen. Der erstattete Bericht war geradezu erschütternd. Im Wohnungsamt lässt die Organisation auch alles zu wünschen übrig. Der schriftliche Bericht steht noch aus. Eine Aktennotiz über den Bericht ist aber bei Herrn Bürgermeister Jentsch und beim Wohnungsamt einzusehen.

Infolge dieses Berichtes sehe ich mich veranlaßt, Sie von Ihrem Amt als Dezernent des Wohnungsamtes mit Wirkung von Ende des Monats zu entheben. Das Dezernat habe ich dem Bürgermeister Jentsch, der ja sowieso Dezernent des Sozialamtes ist, übertragen.

Da Sie nun ohne Dezernat sind, erhalten Sie auch nur die Aufwandsentschädigung für solche.

Für die geleistete Arbeit danke ich Ihnen und wünsche Ihnen für das neue Jahr alles Gute, besonders Gesundheit.

  
Oberbürgermeister

2

27. Dec. 1947

16

Der Oberbürgermeister

Herrn

Stadtrat

Stadthaus

Durch die Zentralverwaltung für Arbeit und Sozial-  
wesen ist am 12.12.47 eine Mitteilung an die Städte und  
Landgemeinden ergangen. Der Inhalt ist nachfolgend  
in der Anlage wiedergegeben. Die Städte und Land-  
gemeinden sind ersucht, sich mit der Zentralverwal-  
tung für Arbeit und Sozialwesen in der Hinsicht zu  
beraten, ob bei der Durchführung der Maßnahmen  
auf Schwierigkeiten zu rechnen ist. Die Städte und  
Landgemeinden sind ersucht, die Zentralverwal-  
tung für Arbeit und Sozialwesen mit der Bitte um  
Berücksichtigung der Schwierigkeiten zu versehen.  
Die Städte und Landgemeinden sind ersucht, die  
Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialwesen  
in der Hinsicht zu informieren, ob bei der Durch-  
führung der Maßnahmen auf Schwierigkeiten zu  
rechnen ist. Die Städte und Landgemeinden sind  
ersucht, die Zentralverwaltung für Arbeit und  
Sozialwesen mit der Bitte um Berücksichtigung  
der Schwierigkeiten zu versehen.

Yours faithfully,



16. B. 6 B. 4

A u s z u g

aus dem Protokoll der 45. Sitzung des Rates der Stadt am 24.12.1947.

- - -

.....

- 6) Mit Herrn Stadtrat S c h u l z e soll bezüglich seines Wagens eine Vereinbarung getroffen werden. Das Finanzamt soll einen entsprechenden Entwurf vorlegen.

- - -

*ab 1. Okt. 1947 nachweisbar  
RM 200.- pro Monat.*

Der  
Abt. Komm. Wirtschaft

zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.

Frankfurt (Oder), den 3. Januar 1948.  
Finanzamt

*[Signature]*  
Stadtkämmerer.

26

A b s c h r i f t.

E.S., Berlin-Lichterfelde-West

Firma Herbert Märkisch,

Elektro-Radio,  
Frankfurt (Oder),

Leipziger Str. 37

5. 9. 1946

5 Heizpatronen 352 220 V à 3,60 = 18,--

=====

+ 33 1/3 % Großhandelsaufschlag



17

*Frankfurt*

Rückblick auf das J a h r 1947.

I.)

E i n w o h n e r - F r a n k f u r t / O d e r

Stand am 2.1.1947 insgesamt = 60.186 Personen  
 davon: Männer = 18.900  
 Frauen = 24.765 (einschliessl. 11 Dorfgemeinden)  
 Kinder = 16.581

Stand am 31.12.1947 insgesamt = 55.716 Personen  
 davon: Männer = 17.703  
 Frauen = 22.354 (einschliessl. 5 Dorfgemeinden)  
 Kinder = 15.659

II.)

Personalbestand der Stadtverwaltung, Frankfurt/Oder

Abteilung I - XI = nur Angestellte

Stand am 1.1.1947:	Stand am 31.12.1947
290 Angestellte	359 Angestellte

III.)

E n t w i c k l u n g d e s S c h u l w e s e n s

	<u>Januar 1947</u>	<u>Dezember 1947</u>
Grundschulen in Frankfurt/Oder	6	9
Grundschulen in Dorfgemeinden	9	5
Oberschule (Deutsche dem. Kr. Einheitschule) in Frankfurt/Oder	1	1
Berufsschule in Frankfurt/Oder	1	1

S c h ü l e r = Januar 1947	Knaben	Mädchen	insgesamt
Grundschüler in Frankfurt/Oder	3.531	3.434	6.965
" " Dorfgemeinden	776	703	1.479
Oberschüler " Frankfurt/Oder	253	184	437
Berufsschüler Frankfurt/Oder	1.367	1.273	2.640

insgesamt: S c h ü l e r z a h l = 11.481





28

Schüler = Dezember 1947 =	Knaben	Mädchen	insgesamt
Grundschüler in Frankfurt/Oder	3.761	3.554	7.315
Grundschüler in Dorfgemeinden	216	172	388
Oberschüler " Frankfurt/Oder	210	153	363
Berufsschüler Frankfurt/Oder	1.289	1.147	2.436
insgesamt: Schülerzahl =			<u>10.507</u>

Lehrkräfte	Januar 1947	Dezember 1947
insgesamt: =	260	224

IV.)

Wohnsiedler

Bis zum 15. Januar 1948 = insgesamt :	12.646 Personen
davon: Männer	4.017
Frauen	5.622
Kinder	3.007

V.)

Betreuung durch das Sozialamt

Januar 1947	Personenzahl	Reichsmark
laufende Unterstützungs empfänger	4.284	86.855,00
einsmalige "	54	1.30,00
Dezember 1947		
laufende Unterstützungen empfänger	4.027	103.939,00
einsmalige "	913	78.750,00

VI.)

Pentenauszahlungen der Sozialversicherungskasse

laufende Renten	
Stand 1.1.1947	Stand 31.12.1947
4.713 Rentenempfänger	6.252 Rentenempfänger
vom 1.1. - 31.12.1947 wurden = 1.857.929,65 RM Renten ausbezahlt.	





VII.)

V e r k e h r

Stand: = Dezember 1947		F a h r z e u g e :	
PKW	= 86	davon im Einsatz	= 59
LMV	= 159	" " "	= 112
Spezial-Kraftfahrz.	= 15	" " "	= 7
Gewerbl. Zugmasch.	= 31	" " "	= 16
Anhänger	= 60	" " "	= 37
Traktoren	= 20	" " "	= 9
Kräder	= 56	" " "	= 45

VIII.)

Entwicklung des Gewerbes:

	Stand Januar 1947	Stand Dezember 1947
Industriebetriebe	51	55
Gewerbebetriebe	341 <del>286</del>	299
Handwerksbetriebe	758 <del>643</del>	634
Lebensm. Grosshandlungen	20	23
sonst. Grosshandlungen	40	38
Lebensmittel-Einzelhandel	94	80
sonst. Einzelhandel	170	194
Gewerbebetriebe bei 11 Landgemeinden	bei 5 Land- 188 gemeinden	58

IX.)

Umsatz Industrie .. einschließlich Lebensmittelindustrie

vom 1.1. bis 31.12.1947 = RM 23.591.945,00  
=====

X.)

S t e u e r a u f k o m m e n i m J a h r e 1947 :

Lohnsteuer	3.040.434,00	RM
Kapitalertragssteuer	126.045,00	"
Übertrag:	3.166.479,00	"





30

Übertrag:	3.166.479,00	RM
Körperschaftsteuer	1.366.172,00	"
Einkommensteuer	2.768.152,00	"
Vermögenssteuer	404.137,00	"
Umsatzsteuer	2.903.439,00	"
Kraftfahrzeugsteuer	112.439,00	"
Beförderungssteuer	22.516,00	"
Grunderwerbssteuer	28.283,00	"
Renntwettsteuer	2.319,00	"
sonst. kleinere Steuern	5.486,00	"
Grundsteuern	2.139.253,00	"
Gewerbesteuer	1.588.628,00	"
Lohnsummensteuer	309.046,00	"
Vergütungs- u. Minosteuern	101.909,00	"
Hundesteuer	26.620,00	"
Grunderwerbssteuer-Zuschläge	37.710,00	"
Getränksteuer	812.139,00	"
Schankerlaubnissteuer	105.555,00	"
insgesamt Steueraufkommen	= 15.899.782,00	RM

XI.)

Direktive 24

Im Jahr 1947 stattgefundenen Sitzungen	= 18
Verhandelte Fälle	= 476

XII.)

Entnazifizierung nach Befehl 201

Im Jahr 1947

Stattgefundenen Sitzungen	= 15
Verhandelte Fälle	= 389

XIII.)

Sitzungen des Rates der Stadt Frankfurt (Oder)

Ordentliche Sitzungen	= 37 mit 759 Tagesordnungspunkten
Ausserordentliche Sitzungen	= 5 " 29 "

In den Ordentlichen Ratssitzungen  
behandelte Punkte betreffs Gewerbe-  
genehmigungen = 161

Sondersitzungen = 2 mit 53 Tagesordnungspunkten  
betr. Gewerbe genehmigungen











